# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

**Organ für das werktätige Volk**

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Für Eintritt von Störungen materieller Art, sei es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Welt und Leben", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.05 M., wöchentlich 45 Pf. Bezugsgebühr. Postbezug 1.15 M. zuzüglich Post- u. Zustellgebühr. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 19707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 M., auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Wiederholung 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 196 | Dresden, Montag, den 24. August 1931 | 42. Jahrgang


# Macdonald zurückgetreten

## Eine „nationale" Regierung?

wtb. London, 24. August. Das Kabinett ist zurückgetreten. Offiziell wird aus dem Buckingham-Palast mitgeteilt, daß die Bildung einer nationalen Regierung in Aussicht genommen worden ist.

*

wtb. London, 24. August. Reuter meldet, daß Macdonald das nationale Kabinett bilden wird. In der neuen Regierung werden Konservative und Liberale sitzen. Baldwin und andere Parteiführer haben ihre Zustimmung hierzu erteilt.

*

### Die letzte Sitzung des Kabinetts

London, 24. August. Das Blatt der Arbeiterpartei, Daily Herald, das in seiner Frühausgabe nur von dem bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts sprach, veröffentlicht eine Sonderausgabe, auf deren erster Seite in Sperrdruck verkündet wird: Das Kabinett wird heute zurücktreten. Das Blatt sagt weiter: Das Kabinett wird, da sich die Konservativen und die Liberalen in der Frage der Sparmaßnahmen völlig einig sind, im Unterhaus über eine Mehrheit verfügen. Denn während die Arbeiterpartei 286 Sitze hat, verfügen die Konservativen und Liberalen zusammen über 320 Sitze. Die neue Entwicklung ist das Ergebnis der schärfsten politischen Krise seit 1914. Der entscheidende Faktor war die unbedingte Weigerung von mindestens acht Mitgliedern des Kabinetts, die Arbeitslosenunterstützung um 10 Prozent zu vermindern. Einige dieser Minister erklären, daß sie ihren Rücktrittsbeschluß nur sehr widerwillig gefaßt hätten; es sei ihnen aber unmöglich gewesen, ihr Einverständnis damit zu erklären, daß den Arbeitslosen neue Entbehrungen auferlegt würden. Das Blatt schließt: Der Premierminister wird heute vormittag wieder den König aufsuchen. Der konservative Führer Baldwin und der liberale Führer Sir Herbert Samuel werden ebenfalls in den Buckinghampalast gerufen werden. Mittags wird das Kabinett eine weitere und zwar seine letzte Sitzung abhalten.

*

wtb. London, 24. August. Wie Times zur Kabinettskrise berichten weiß, waren zwölf Mitglieder der Regierung bereit, einen Kompromißplan im Sparprogramm einschließlich der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zuzustimmen. Acht Mitglieder des Kabinetts waren dagegen.

*

### Die englischen Nöte

Ueber die Vorgeschichte der Regierungskrise wird aus London noch folgendes gemeldet:

**Der Generalrat der Gewerkschaften hat inzwischen nochmals seine Auffassung zur Situation fixiert und der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Er lehnt eine Kürzung der sozialen Leistungen ab. Sie würde keine Besserung, sondern nur eine Verschärfung der Wirtschaftslage bringen. Aus der City wird unterdessen immer mahnender darauf hingewiesen, daß die englische Währung vor einem außerordentlichen Gefahrenpunkt steht. Tatsache ist, daß der erst vor wenigen Wochen in Paris aufgenommene 50-Millionen-Pfund-Kredit bereits nahezu erschöpft ist. Das Pfund konnte in den letzten Wochen nur durch starke Zinsungen gehalten werden. Diese Stützungen werden bis auf Weiteres fortgesetzt werden müssen, wenn man das Pfund nicht erschüttern will. Das bedeutet, daß England gezwungen ist, bald neue Kredite im Ausland aufzunehmen. Unter diesen Umständen verlangten die Führer der Konservativen und der Liberalen am Sonntag in der mitternächtlichen Besprechung mit Macdonald nochmals große Einsparungen am Sozialetat und Kürzung der Unterstützungsbezüge. Macdonald und Snowden sind nicht grundsätzliche Gegner derartiger Einsparungen, sie stoßen jedoch bei den Gewerkschaftsmitgliedern des Kabinetts auf außerordentlichen Widerstand, so daß die Regierung bereits jetzt innerlich gebrochen ist.**

*

Es scheint, daß England, das keine Reparationen zu zahlen hat und noch sehr viel reicher ist als das verarmte Deutschland, immer mehr in die gleichen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten hineingeschleudert wird, die Deutschland in den letzten Monaten ertragen mußte. Auch in England hat die Wirtschaftskrise den Fehlbetrag im Staatshaushalt immer größer werden lassen, auch hier wird jetzt stürmisch gefordert, daß man diesem Uebel durch scharfe Einsparungen begegnet. Dagegen erhebt sich der schärfste Widerstand der Vertreter des arbeitenden Volkes, das durch solche Sparmaßnahmen aufs schlimmste getroffen wird. Mit Recht machen die englischen Gewerkschaften geltend, daß durch eine Herabsetzung der sozialen Leistungen des Staates die Wirtschaftskrise nicht gemildert, sondern eher verschlimmert wird.

Aufs tiefste ist zu bedauern, daß die Regierung Macdonald diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Opfer fällt. Hat doch die englische Arbeiterregierung mit so großem Eifer daran gearbeitet, die Völker zum Kampf gegen die verheerende Weltkrise zusammenzuführen.

Die moderne Arbeiterbewegung kämpft gegen die kapitalistische Weltordnung vor allem deswegen, weil der Kapitalismus die Massen vor schweren Wirtschaftskrisen nicht zu schützen vermag. Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß auch die politische Macht der Arbeiterklasse durch diese Wirtschaftskrise so sehr geschwächt wird und daß gerade eine Arbeiterregierung den Folgen dieser Wirtschaftskrise zum Opfer fällt.

**Kritische Lage des englischen Kabinetts**

Links: Ministerpräsident Macdonald. Mitte: Schatzkanzler Snowden. Rechts: Der Führer der Konservativen, Stanley Baldwin.

# Ausraubungsgesellschaft

## Die Mammutgehälter der Generaldirektoren – Was tut die Reichsregierung?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Reichsregierung beabsichtigt energische Schritte gegen die Spitzengehälter in der Verwaltung und in der Wirtschaft.

Die Gehälter der Minister in Reich und Preußen sind durch die Notverordnungen vom Dezember 1930 und Juni 1931 bereits um 25 bis 30 Prozent gekürzt worden. Die Regierung will nun auch die Kürzung derjenigen Oberbürgermeistergehälter erzwingen, die nach Ansicht der Regierung zu hoch sind. Es handelt sich um fünf bis zehn Gehälter, die gleich oder höher sind als die Ministergehälter. Schließlich bringt die Reichsregierung auch auf eine starke Kürzung der **Einkommen in der Privatwirtschaft.** Hier kommen zahlreiche Gehälter und Nebeneinnahmen in Betracht, die im Verhältnis zu den Ministergehältern eine geradezu phantastische Höhe haben. Jährliche Einkommen von 500 000 M. sind bei Großbanken und Wirtschaftsunternehmungen durchaus keine Seltenheit. Die Reichsregierung glaubt keine Möglichkeit zu sehen, im allgemeinen gegen diese Rieseneinnahmen vorzugehen, weil die Privatwirtschaft immer Mittel und Wege findet, herabgesetzte oder weggesteuerte Gehälter auf andere Weise zu ergänzen, etwa durch Tantiemen, Aufsichtsratsvergütungen oder auf andere Weise. Deshalb scheint man sich zunächst die Banken und Werke vorgenommen zu haben, die infolge der gegenwärtigen Krise vom Reich kontrolliert werden. Die Gehälter der Direktoren dieser Firmen, die zur Zeit ausschließlich oder hauptsächlich von der Reichsunterstützung oder der Reichsgarantie leben, haben durch die Einwirkung der Reichsregierung bereits eine Senkung erfahren. Man hört, daß die Gehälter aber immer noch wesentlich über den Ministerbezügen liegen, obwohl sie schon um mehr als 50 Prozent herabgesetzt worden sind. Die Maßnahmen der Regierung beziehen sich auch auf die Aufsichtsratsvergütungen und sollen die Möglichkeit anderer Nebeneinkünfte nicht offen lassen.

Die Regierung wird sich durch Maßnahmen gegen die überhöhten Gehälter, die in der Privatwirtschaft gezahlt werden, zweifellos die Sympathien des Volkes erwerben.

**Wenn man hinsichtlich der Gehälter irgendwo in der deutschen Wirtschaft Maß und Ziel verloren hat, dann bei den industriellen Direktorengehältern. Gehälter bei Bankgeneraldirektoren liegen beispielsweise auf der Linie von 500 000 M. pro Jahr, und selbst Amerikaner, die davon erfahren, äußern ihr Erstaunen darüber, daß die deutsche Wirtschaft überhaupt solche Gehälter zahlen kann. Die Herren mit diesen Gehältern haben den Lohnabbau in Deutschland betrieben und die Löhne zum Teil um über 50 Prozent vermindert, obwohl sie an sich schon nicht mehr zum Leben ausreichten.**

Allerdings hat man hier und da auch von einer Verminderung von Generaldirektorengehältern gehört. So hat Generaldirektor Vögler vom Ruhrtrust in eine Ermäßigung um 10 Prozent eingewilligt. Nach dieser Gehaltskürzung bezieht Vögler aber immer noch die Kleinigkeit von 300 000 M. im Jahre. Noch höher sind die Gehälter in der Elektroindustrie. Bei dem Leiter eines bekannten Elektrokonzerns spricht man von einem Gehalt von rund 2,5 Millionen Mark. Ein Siemensdirektor vom Schlage Koettgen bezieht 250 000 M. usw. Dazu kommen noch Tantiemen, Aufsichtsratsvergütungen usw. In welchem Ausmaß sich diese bewegen, beweist z. B. eine kürzlich für die Kunstseidenindustrie getroffene Feststellung, nach der für den Vorstand die Kleinigkeit von 650 000 M. bis 1,6 Millionen Mark pro Jahr an Tantiemen gezahlt werden. Oft werden durch derartige Nebenbezüge die Gehälter verdoppelt.

*

Die Sozialdemokratie führte in den letzten Monaten einen scharfen Kampf gegen die allzu hohen Gehälter in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere gegen die hohen Pensionen, die die deutsche Republik an eine große Anzahl von Generalen und anderen Würdenträgern des wilhelminischen Kaiserreiches zahlen muß. Aber die Gehälter und Pensionen in der öffentlichen Verwaltung nehmen sich geradezu winzig aus im Vergleich zu den Riesenbezügen unserer führenden Männer in der Industrie und bei den Banken. Es ist nichts Seltenes, daß irgendein Generaldirektor an Gehalt und Tantiemen mehr bezieht als sämtliche Angehörige des Reichskabinetts zusammen. Und diese Leute, deren Einkommen in die Hunderttausende, wenn nicht in die Millionen geht, besitzen dann noch die Stirn, auf ihren Unternehmertagungen von den allzu hohen Löhnen und den überhöhten Sozialleistungen zu sprechen. Sie schwatzen davon, daß das deutsche Volk sich großhungern müsse.

Irgendeine sachliche Begründung kann man für die Höhe der Gehälter nicht anführen. Davon kann gar keine Rede sein, daß unsere Banken und Industriegesellschaften für


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310824/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG